Niederschrift
über die 8. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am **Donnerstag, 8. Dezember 2016, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU
Dr. Bernd Hoppe, 1. stellvertretender Vorsitzender, Freie Wähler (bis 18.18 Uhr/TOP 10)
Dr. Isabel Carqueville, Mitglied, SPD (Vertretung für Sabine Wurst)
Helene Freund, Mitglied, SPD
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Saskia Spohr-Frey, Mitglied, CDU
Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne
Awet Tesfaiesus, Mitglied, B90/Grüne
Michael Werl, Mitglied, AfD
Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke

Teilnehmer mit beratender Stimme
Carola Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates

Magistrat
Bertram Hilgen, Oberbürgermeister, SPD

Schriftführung
Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Dr. Cornelia Janusch, Mitglied, FDP
Omar Dergui, Vertreter des Ausländerbeirates
Dieter Pfeiffer, Vertreter des Seniorenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Jennifer Kellotat, Rechtsamt
Ulrich Krebs, Ordnungsamt
Jürgen Barchfeld, Berufsfeuerwehr
Bernd Reyer, Kämmerei und Steuern

Tagesordnung:

1.	**Neufassung der Gefahrenabwehrverordnung über die Anleinpflicht für Hunde in der Stadt Kassel (Kasseler Hundeverordnung - KHVO -)**	101.18.369
2.	**Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH - Übertragung von Geschäftsanteilen an der items GmbH**	101.18.370
3.	**Kasseler Verkehrs- und Versorgungs- GmbH - Verlängerung des Konsolidierungsvertrages**	101.18.371
4.	**Verkehrssicherungspflichten für den Bahnhofsvorplatz des Kulturbahnhofs Kassel hier: Klageerhebung**	101.18.391
5.	**Neuregelung der Wahlplakatierung**	101.18.291
6.	**Sicherheit im Bereich der Gustav-Mahler-Treppe**	101.18.312
7.	**Personal im Rettungsdienst**	101.18.348
8.	**Straßen-Prostitution im Schillerviertel**	101.18.349
9.	**Sicherstellung der Trinkwassernotversorgung der Stadt Kassel**	101.18.378
10.	**Trinker- und Drogenszene**	101.18.379
11.	**Bekämpfung und Prävention von Extremismus**	101.18.383
12.	**Bekämpfung und Prävention von Extremismus - Finanzielle Unterstützung von privaten Organisationen**	101.18.384
13.	**Bekämpfung und Prävention von Extremismus - Logistische Unterstützung von privaten Organisationen**	101.18.385
14.	**Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von sog. Reichsbürgern und anderen Rechtsextremisten**	101.18.386
15.	**Öffentliche Sicherheit in öffentlichen Räumen**	101.18.390

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 30. November 2016 ordnungsgemäß einberufene 8. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzender Kortmann gibt bekannt, dass Tagesordnungspunkt

5. Neuregelung der Wahlplakatierung

Antrag der FDP-Fraktion
101.18.291

wegen Abwesenheit und auf Wunsch der Antrag stellenden Fraktion von der heutigen Tagesordnung abgesetzt wird. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Des Weiteren gibt er bekannt, dass er die Tagesordnungspunkte **11 bis 13 betr. Bekämpfung von Extremismus** wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufrufen wird.

1. Neufassung der Gefahrenabwehrverordnung über die Anleinpflicht für Hunde in der Stadt Kassel (Kasseler Hundeverordnung - KHVO -)
Vorlage des Magistrats
- 101.18.369 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Neufassung der Gefahrenabwehrverordnung über die Anleinpflicht für Hunde in der Stadt Kassel (Kasseler Hundeverordnung - KHVO -) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung."

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Neufassung der Gefahrenabwehrverordnung über die Anleinpflicht für Hunde in der Stadt Kassel (Kasseler Hundeverordnung - KHVO -), 101.18.369, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Sprafke

2. Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH
- Übertragung von Geschäftsanteilen an der items GmbH
Vorlage des Magistrats
- 101.18.370 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Übertragung eines KVV-Geschäftsanteils in Höhe von 1,16 % an der items GmbH im Zuge der Aufnahme der Mark-E AG als Gesellschafter zum 01.01.2017 wird nach Maßgabe des beigefügten Gesellschaftsvertrages zugestimmt.

2. Gleichzeitig wird möglichen künftigen Übertragungen von KVV-Geschäftsanteilen an der items GmbH bis zu einer bei der KVV verbleibenden Beteiligungshöhe von 15,01 % zugestimmt.

3. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD, Kasseler Linke
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH - Übertragung von Geschäftsanteilen an der items GmbH, 101.18.370, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Spohr-Frey

3. Kasseler Verkehrs- und Versorgungs- GmbH
- Verlängerung des Konsolidierungsvertrages
Vorlage des Magistrats
- 101.18.371 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Verlängerung des bestehenden Konsolidierungsvertrages mit der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs des 3. Nachtrags zugestimmt.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen."

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD, Kasseler Linke
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Kasseler Verkehrs- und Versorgungs- GmbH - Verlängerung des Konsolidierungsvertrages, 101.18.371, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Tesfaiesus

4. Verkehrssicherungspflichten für den Bahnhofsvorplatz des Kulturbahnhofs Kassel
hier: Klageerhebung
Vorlage des Magistrats
- 101.18.391 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Klageerhebung der Stadt Kassel gegen die DB Station&Service AG entsprechend dem als Anlage beigefügten Klageschrift- Entwurf gemäß § 51 Ziff. 18 HGO zu."

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Freie Wähler + Piraten
Ablehnung: Kasseler Linke
Enthaltung: AfD
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Verkehrssicherungspflichten für den Bahnhofsvorplatz des Kulturbahnhofs Kassel hier: Klageerhebung, 101.18.391, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Werl

5. Neuregelung der Wahlplakatierung
Antrag der FDP-Fraktion
- 101.18.291 -

Abgesetzt

6. Sicherheit im Bereich der Gustav-Mahler-Treppe
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.312 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Was wird der Magistrat unternehmen, um die Situation und die Sicherheit im Bereich der Gustav-Mahler-Treppe gerade im Hinblick auf die bevorstehende documenta zu verbessern?

Stadtverordnete Spohr-Frey, CDU-Fraktion, erläutert die Anfrage ihrer Fraktion, die im Anschluss von Oberbürgermeister Hilgen beantwortet wird.

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Hilgen erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

7. Personal im Rettungsdienst
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.348 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

In welchem Verhältnis und mit welchen Auswirkungen stehen die stetig wachsenden Einsatzzahlen und das fehlende Einsatzpersonal im Bezug zu der schlechter gewordenen Hilfsfrist im Rettungsdienst der Stadt Kassel?

Vorsitzender Kortmann übergibt das Wort an Oberbürgermeister Hilgen, der kurz in die Thematik einführt und zur Beantwortung der Anfrage das Wort an Herrn Jürgen Barchfeld, Berufsfeuerwehr Kassel, gibt.

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Hilgen und Herrn Jürgen Barchfeld, Berufsfeuerwehr Kassel, erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

8. Straßen-Prostitution im Schillerviertel
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.349 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um der wachsenden Straßen-Prostitution im sogenannten Schillerviertel zum dortigen Schutz der Anwohner wirksam und dauerhaft Einhalt zu gebieten.

Stadtverordnete Spohr-Frey, CDU-Fraktion, begründet den Antrag ihrer Fraktion. Im Laufe der regen Diskussion nimmt Oberbürgermeister Hilgen Stellung zu dem Antrag.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: CDU, AfD
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Freie Wähler + Piraten
Enthaltung: Kasseler Linke
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Straßen-Prostitution im Schillerviertel , 101.18.349, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Kaufmann

9. Sicherstellung der Trinkwassernotversorgung der Stadt Kassel
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.378 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie wird die Trinkwassernotversorgung der Stadt Kassel im Ernstfall sichergestellt?
2. Wo befinden sich Notbrunnen für eine Trinkwassernotversorgung im Bereich der Stadt Kassel?
3. Wer wartet diese/ist für diese verantwortlich?
4. In welchem Turnus geschieht diese Wartung?

Oberbürgermeister Hilgen beantwortet die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Hilgen erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes 10 übernimmt 1. stellvertretender Vorsitzender Dr. Hoppe die Sitzungsleitung

10. Trinker- und Drogenszene
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.379 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes so anzuweisen, dass die Trinker- und

Drogenszene innerhalb der Stadt Kassel an ihren jeweiligen Aufenthaltsorten auf öffentlichen Straßen und Plätzen permanent kontrolliert wird, um ein dauerhaftes Verweilen an einem Ort wenig attraktiv zu gestalten.

Vorsitzender Kortmann, CDU-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion. Im Rahmen der Diskussion nimmt Oberbürgermeister Hilgen Stellung zu dem Antrag.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: CDU, AfD
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Trinker- und Drogenszene, 101.18.379, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Hoppe

Vorsitzender Kortmann ruft nun die Tagesordnungspunkte 11 bis 13 gemeinsam zur Behandlung auf.

11. Bekämpfung und Prävention von Extremismus
Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.383 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Maßnahmen werden von der Stadt Kassel zur Bekämpfung und Prävention von Rechtsextremismus ergriffen?

2. Welche Maßnahmen werden von der Stadt Kassel zur Bekämpfung und Prävention von Linksextremismus ergriffen?

3. Welche Maßnahmen werden von der Stadt Kassel zur Bekämpfung und Prävention von religiös motiviertem Extremismus ergriffen?

4. Welche Maßnahmen werden von der Stadt Kassel zur Bekämpfung und Prävention, speziell den Islamismus betreffend ergriffen?

5. Welche finanziellen Mittel werden von der Stadt Kassel zur Bekämpfung und Prävention von Rechtsextremismus bereitgestellt?

6. Welche finanziellen Mittel werden von der Stadt Kassel zur Bekämpfung und Prävention von Linksextremismus bereitgestellt?

7. Welche finanziellen Mittel werden von der Stadt Kassel zur Bekämpfung und Prävention von religiös motiviertem Extremismus bereitgestellt?

8. Welche finanziellen Mittel werden von der Stadt Kassel zur Bekämpfung und Prävention, speziell den Islamismus betreffend bereit gestellt?

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Hilgen erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

12. Bekämpfung und Prävention von Extremismus
- Finanzielle Unterstützung von privaten Organisationen
Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.384 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Erhalten private Organisationen von der Stadt Kassel finanzielle Unterstützung zur Bekämpfung und Prävention von Rechtsextremismus?

2. Wenn ja, welche privaten Organisationen?

3. Und in welcher Höhe erhalten die einzelnen privaten Organisationen finanzielle Unterstützung zur Bekämpfung und Prävention von Rechtsextremismus?

4. Erhalten private Organisationen von der Stadt Kassel finanzielle Unterstützung zur Bekämpfung und Prävention von Linksextremismus?

5. Wenn ja, welche privaten Organisationen?

6. Und in welcher Höhe erhalten die einzelnen privaten Organisationen finanzielle Unterstützung zur Bekämpfung und Prävention von Linksextremismus?

7. Erhalten private Organisationen von der Stadt Kassel finanzielle Unterstützung zur Bekämpfung und Prävention von religiös motiviertem Extremismus?

8. Wenn ja, welche privaten Organisationen?

9. Und in welcher Höhe erhalten die einzelnen privaten Organisationen finanzielle Unterstützung zur Bekämpfung und Prävention von religiös motiviertem Extremismus?

10. Erhalten private Organisationen von der Stadt Kassel finanzielle Unterstützung zur Bekämpfung und Prävention, speziell den Islamismus betreffend?

11. Wenn ja, welche privaten Organisationen?

12. Und in welcher Höhe erhalten die einzelnen privaten Organisationen finanzielle Unterstützung zur Bekämpfung und Prävention, speziell den Islamismus betreffend?

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Hilgen erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

13. Bekämpfung und Prävention von Extremismus
- Logistische Unterstützung von privaten Organisationen
Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.385 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Erhalten private Organisationen von der Stadt Kassel logistische Unterstützung zur Bekämpfung und Prävention von Rechtsextremismus?

2. Wenn ja, welche privaten Organisationen?

3. Und in welchem Umfang erhalten die einzelnen privaten Organisationen logistische Unterstützung zur Bekämpfung und Prävention von Rechtsextremismus?

4. Erhalten private Organisationen von der Stadt Kassel logistische Unterstützung zur Bekämpfung und Prävention von Linksextremismus?

5. Wenn ja, welche privaten Organisationen?

6. Und in welchem Umfang erhalten die einzelnen privaten Organisationen logistische Unterstützung zur Bekämpfung und Prävention von Linksextremismus?

7. Erhalten private Organisationen von der Stadt Kassel logistische Unterstützung zur Bekämpfung und Prävention von religiös motiviertem Extremismus?

8. Wenn ja, welche privaten Organisationen?

9. Und in welchem Umfang erhalten die einzelnen privaten Organisationen logistische Unterstützung zur Bekämpfung und Prävention von religiös motiviertem Extremismus?

10. Erhalten private Organisationen von der Stadt Kassel logistische Unterstützung zur Bekämpfung und Prävention, speziell den Islamismus betreffend?

11. Wenn ja, welche privaten Organisationen?

12. Und in welchem Umfang erhalten die einzelnen privaten Organisationen logistische Unterstützung zur Bekämpfung und Prävention, speziell den Islamismus betreffend?

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Hilgen erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

14. Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von sog. Reichsbürgern und anderen Rechtsextremisten
Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.18.386 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Sind dem Magistrat Beschäftigte der Stadt oder der zur Stadt gehörenden Unternehmen bekannt, die sich zu den sog. Reichsbürgern bekennen? Wenn ja, wie geht der Magistrat disziplinarrechtlich mit diesen Mitarbeitern um?
2. Sind Reichsbürger gegenüber Mitarbeitern der Stadt oder ihrer Unternehmungen verhaltensauffällig geworden, indem sie deren Handlungen nicht anerkennen, gewalttätig gegen diese vorgehen, Anordnungen nicht Folge leisten, ebenso Bußgeldzahlungen und Verwarnungen verweigern? Haben Reichsbürger Personaldokumente zurückgegeben? Haben Reichsbürger Steuerzahlungen verweigert?
3. Sind Reichsbürger als Leistungsempfänger bekannt?

4. Sind sog. Reichsbürger legal im Besitz von Waffen?
5. Wie wird das Waffengesetz 5.(2) Abschnitt 3 gegenüber Reichsbürgern durchgesetzt?
6. In welchem Umfang sind in den letzten Jahren Überprüfungen nach § 4 WaffGesetz vorgenommen worden? Ist dabei festgestellt worden, dass Rechtsextremisten im legalen Besitz von Waffen sind und wie ist damit umgegangen worden?
7. In welchem Umfang haben Rechtsextremisten waffenrechtliche Erlaubnisse beantragt, sind ihnen versagt worden, sind ihnen erteilt worden?

Stadtverordneter Sprafke, SPD-Fraktion, erläutert die Anfrage seiner Fraktion, die im Anschluss von Oberbürgermeister Hilgen beantwortet wird.

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Hilgen erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

15. Öffentliche Sicherheit in öffentlichen Räumen
Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.18.390 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 18:43 Uhr

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Andrea Herschelmann
Schriftführerin